

# Die Parteien und der Schweizerfranken

Autor(en): **Salzmann, Friedrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **50 (1970-1971)**

Heft 10: **"Leben mit der Inflation?"**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162526>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die Parteien und der Schweizerfranken

FRIEDRICH SALZMANN

### *Theorie der Parteiprogramme: Alle sind sich einig*

Wenn alle Parteien, die sich zur Geldwertstabilität äussern, sich eindeutig dafür aussprechen, so heisst das, dass sie erstens dafür *sind* und zweitens, dass sie annehmen, auch ihre potentiellen Wähler seien dafür. Denn offizielle Parteierklärungen sind mehr als blosser Deklamationen. Gewiss werden sie aus der Sorge, das Volk zu gewinnen, formuliert; sie sollen Eindruck machen, werben. Darüber hinaus sind sie aber das Ergebnis eines Lernprozesses, Ergebnis von Denkarbeit, Diskussion und Willensbildung. Dabei scheinen die tagespolitischen Losungen weniger aufschlussreich zu sein als die auf Grundsätzlichkeit ausgerichteten Parteiprogramme; ihr Durchschnittsalter von über zehn Jahren legt Zeugnis ab nicht nur von einer fast ehrwürdig gewordenen Kampfanschlössenheit gegen das Übel des Geldwertschwundes, sondern es wird da auch gemeinsam das eher traurige Lied der Erfolglosigkeit angestimmt.

Die *Sozialdemokratische Partei* fordert in ihrem Programm von 1959 im Abschnitt «Geld-, Kredit- und Währungspolitik»: «. . . Der Geldumlauf ist durch die Nationalbank nach dem Bedarf der Volkswirtschaft zu regulieren. Inflation sowie Deflation sind zu verhüten.» Nachdem weiter eine «möglichst» geringe Zinsbelastung der Wirtschaft postuliert wird, nimmt das Programm zur Frage der Parität des Frankens Stellung: «Im Interesse stabiler Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland sind feste Wechselkurse erwünscht; doch darf das starre Festhalten am Goldkurs des Frankens nicht zu einer Deflationspolitik führen.» Hier klingt die Erfahrung der mageren dreissiger Jahre nach. Die weitaus aktuellere Frage, ob das «starre Festhalten am Goldkurs» zu einer Inflationspolitik führen dürfe, wird der heutigen Interpretation überlassen. Interessant für unser Thema ist, dass die Verhütung von Inflation wie Deflation – also die Stabilität der Preisebene – offenbar ins Pflichtenheft der Notenbank geschrieben wird, im

Abschnitt 4 aber eben diese Stabilität mehr als Aufgabe einer «Preispolitik» gesehen wird: «Preisüberwachung», «Preiskontrolle» und «Preisvorschriften» werden für bestimmte Situationen ausdrücklich gefordert.

Die *Freisinnig-demokratische Partei* hat ihr heute gültiges Programm ebenfalls 1959 formuliert. Die Begriffe «Inflation» und «Deflation» kommen darin nicht vor, auch jener der «Kaufkraftstabilität» nicht; ebenso wenig wird zur Frage des Wechselkurses Stellung genommen. Hingegen ist in der Forderung nach «einer konjunkturgerechten, die Tragfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigenden Finanz- und Steuerpolitik» logischerweise das Postulat eines Wirtschaftswachstums ohne Inflation enthalten, denn «konjunkturgerecht» bedeutet ja im Konkreten Zurückhaltung in den Ausgaben bei konjunktureller Überhitzungsgefahr, und Ausgabenexpansion, das heisst Einsatz der reservierten Steuergelder in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs – beides zusammen wird als Inflations- und Deflationsbekämpfung mit den Mitteln der Finanz- und Steuerpolitik aufgefasst.

Die *Konservativ-christlichsoziale Volkspartei* hat sich 1967 eine neue «Plattform» gegeben. Sie beginnt mit «Rückblick und Ausgangslage» und der zu unserer Untersuchung leider nur zu gut passenden Feststellung, «die Bewältigung der Inflation dagegen ist ungelöst geblieben ...». Die Partei rügt, dass die Konjunkturdämpfungsmassnahmen «sowohl nach ihrer zeitlichen Ansetzung als auch in der Durchführung letztlich eine sporadische Massnahme und nicht eingebettet in ein langfristiges Wirtschafts- und Sozialkonzept [waren]». Für die Partei gehört Inflationsvermeidung an die Spitze der «langfristigen Wirtschaftspolitik»: «Vollbeschäftigung ohne Inflation ist zu einer hohen Staatskunst geworden; Stabilität ohne Stagnation ist das Ziel ...» Als Mittel zur Sicherung eines «Wachstums der Wirtschaft ohne Inflation» wird neben der Institutionalisierung der Sozialpartnerschaftsgespräche der «massvolle Ausbau der notenbankpolitischen Möglichkeiten» angeregt.

Der *Landesring der Unabhängigen* legt Wert darauf, sein Programm von 1936 – das älteste der hier analysierten – als das «bleibende Ideengut» der Bewegung und nicht als «Augenblicksprogramm» gewertet zu wissen. Es ist verständlich, dass in diesem nun 34 Jahre alten Programm, verfasst in einer ganz anderen Krisensituation als der heutigen, von den konkreten Aufgaben der Inflationsbekämpfung nur indirekt die Rede ist im Zusammenhang mit den «sozialen Pflichten» namentlich des «Unternehmertums und des Kapitals». Hier wird postuliert, dass «für die Konsumenten die mässigsten Preise anzusetzen sind». Die Werterhaltung des Schweizerfrankens wird im Grundsatzprogramm als Konsumentenpolitik auf dem Boden eines fairen Wettbewerbs verstanden.

Die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* weist in einer programmatischen «Stellungnahme» aus dem Jahr 1966 auf die «konjunkturpolitische Bedeu-

tung» der «Finanzgestaltung der öffentlichen Hand» hin und meint, es sollte «unbedingt vermieden werden, dass vom Bundeshaushalt zusätzliche inflatorische Impulse ausgehen»: Inflationsbekämpfung wiederum als Pflicht der Finanzpolitik.

Die *Liberal-demokratische Union* stellt kein nach Punkten geordnetes Parteiprogramm auf, erklärt im Abschnitt «Finanzpolitik» aber mit Bezug auf unser Thema unmissverständlich: «Auf dem Boden der Finanzpolitik gehören die Liberalen zu den härtesten Verfechtern der Währungsstabilität. Sie folgen dabei der Überzeugung, dass die Verteidigung der Kaufkraft des Frankens eine mindestens so wichtige sozialpolitische Aufgabe darstellt wie die Erhöhung der AHV-Renten. Aus diesen Gründen tritt unsere Partei absolut für die Reduktion der Bundessubventionen und für ein ausgeglichenes Budget ein.»

In der Sicht der *Partei der Arbeit*, Programm aus dem Jahr 1967, ist der Kampf gegen die Inflation nur möglich als Teil des Kampfes für die «Umgestaltung des gesamten herrschenden Systems». Daneben erhebt die Partei aber auch Teilforderungen, «die schon heute im Rahmen der bestehenden Ordnung verwirklicht werden können», so vor allem: «Massnahmen zur Regelung und Kontrolle der Preise und Profite, die ... um der ununterbrochenen Teuerung Einhalt zu gebieten, unumgänglich sind ...» Weiter wird eine «Begrenzung des Zinsfusses, vor allem für den Wohnungsbau ...» gefordert, und schliesslich «die Reform des Statuts der Nationalbank, die dem Einfluss des Grosskapitals entzogen werden muss ...».

Die *Demokratische Partei* bekennt sich in ihrem Programm aus dem Jahre 1966 zum «Wirtschaftswachstum» und umschreibt ihren Standpunkt zum Thema so: «Die Währungspolitik ist in den Dienst der Volkswirtschaft und der Erhaltung einer möglichst stabilen Kaufkraft zu stellen.» Interessant ist, dass «Sozialpolitik» als «wesentlicher Bestandteil staatlicher und privatwirtschaftlicher Konjunkturpolitik» bezeichnet wird.

Die *Evangelische Volkspartei* fordert in ihrem Programm, Jahrgang 1963, im Abschnitt «Geld und Kredit»: «Das Geld muss der Volkswirtschaft Diener sein. Die Währungspolitik muss den Interessen des Volksganzen dienen und soll sowohl der Inflation als auch der Deflation entgegenwirken.»

Im Programm der *Liberalsozialistischen Partei* von 1947 wird die «Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes» als «Grundlage zu einer ununterbrochen guten Konjunktur, zu Vollbeschäftigung und ständig wachsendem Wohlstand» bezeichnet. Jeder «Unterbruch der guten Konjunktur durch Deflation, aber auch jede Entwertung des Geldes durch Inflation» müsse vermieden werden. Die Partei schlägt die Schaffung eines «Eidgenössischen Währungsamtes» vor und fordert den Bund auf, in Zusammenarbeit mit diesem und der Nationalbank «die erforderlichen Vorschriften zur Durchführung einer aktiven Konjunkturpolitik» zu erlassen mit dem Ziel, «1. die

Kaufkraft des Geldes zu festigen, 2. die Vollbeschäftigung zu sichern». Sodann wird postuliert: «Die Erhaltung des festen Geldwerts im Inland ist dem Wunsch nach stabilem Wechselkurs gegenüber dem Ausland übergeordnet.»

Soweit unsere Übersicht. Keine Frage liegt nun näher als diese: Wie ist es zu erklären, dass die gleichen Parteien, die mehr oder weniger präzise, aber im grundsätzlichen doch eindeutig den stabilen Geldwert als wesentliches Postulat anerkennen, vor dem Problem der Inflationsbekämpfung so offensichtlich versagen? Hier ist zunächst eine Zwischenbemerkung am Platz.

### *Eine nationalökonomische Zwischenbemerkung*

Inflation ist Aufblähung des Geldvolumens im Vergleich zum Waren- und Dienstleistungsangebot. Die Ursachen des Ungleichgewichts können verschieden sein. Jede Therapie muss von der Einsicht ausgehen, die Nationalbankpräsident Edwin Stopper am 24. August 1968 folgendermassen ausdrückte: «Das Geld behält nur dann seinen Wert, wenn seine Menge in einem angemessenen Verhältnis zur Produktionskapazität der betreffenden Volkswirtschaft steht.» Man müsste also, um mit der Inflation fertig zu werden, Geld trockenlegen, das heisst Kaufkraft abschöpfen und «sterilisieren». Dadurch würde die Geldmenge relativ verringert. Welches *Mittel* hierzu angewendet wird, ist zunächst zweitrangig – festzuhalten ist, dass die Inflation weitergeht, solange «zuviel Geld den Waren nachläuft» (Keynes), und dass die Inflation gestoppt ist, sobald die Geldmenge im richtigen Verhältnis zum Waren- und Dienstleistungsangebot steht. So einfach liegen die Dinge in der Theorie.

### *Warum versagen die Parteien?*

In der Praxis und damit in der Politik leitet sich aus der Theorie unweigerlich die Frage ab: *Wem* soll Kaufkraft abgeschöpft werden und *wieviel*? Es ist dies die Kehrseite der anderen, bekannteren Frage: Wer hat da wieder einmal nicht massgehalten? Jeder zeigt nun auf den anderen – Konjunkturdämpfungsübung wie gehabt! Am Schluss sind alle schuld, und das heisst: niemand. Andererseits liefert das Schwarzpeterspiel den Parteien und Verbänden brauchbaren Agitationsstoff, beinahe wie einst, im vorindustriellen Zeitalter: «Das Brot wird teurer? 100 Stockhiebe für den Bäcker!» Auf diesem Weg lässt sich der Wert des Schweizerfrankens nicht verteidigen.

Hinzu kommt das Dilemma, das von Bundesratsseite als «Zielkonflikt»



bezeichnet wurde. Zum Beispiel: Gegen die Inflation mögen tausend Rezepte in Frage kommen, eines jedoch nicht: die «Billig-Geld-Methode». Wenn zwecks Erhaltung des Geldwerts die Geldmenge verknappt werden muss, dann ist dies (zunächst) meist gleichbedeutend mit Geldverteuerung, mit Zinsfußsteigerung. Dies scheint ein echter, in der Sache begründeter Zielkonflikt zu sein, denn angesichts der öffentlichen und hypothekarischen Verschuldung wäre eine geringe Zinsbelastung ohne Zweifel ebenfalls erwünscht. (Immerhin sei sogleich beigefügt, dass auf längere Sicht eine ungestörte, kontinuierliche Kapitalbildung zu den entscheidenden Voraussetzungen mässiger Zinsbelastung gehört – und dass die Erwartung von Geldwertverlusten nicht gerade zu vermehrter Spartätigkeit ermuntert.)

Ein weiterer Hemmschuh im Kampf gegen die Inflation ist die Angst vor dem Umkippen in eine Stagnation. Ein «bisschen Inflation» ist eher zu ertragen als ein wenig Deflation. Mancher Geschäftsmann fragt sich, wie es um den Auftragsbestand seines Unternehmens bestellt wäre, wenn die konjunkturellen (lies: inflationären) Impulse ausblieben – von der grössern Bequemlichkeit der Kalkulation in Hausenzeiten ganz abgesehen.

Wichtiger noch als dieser Zusammenhang ist aber der Umstand, dass beides – Inflation wie heutige Inflationsbekämpfung – mit den tragenden sozialen und politischen Zeitstömungen konform verläuft: Der ohnehin mächtige Trend zum Dirigismus wird verstärkt. Der «Apparat der zurückgestauten Inflation» (Roepke) ist grösstenteils etatistisch; die Methode der Eingriffe von Fall zu Fall, im breiten Spielraum des Ermessens, gibt Partei- und Verbandsvertretern das, was sie zuhanden ihrer Getreuen brauchen: gute Aussichten auf Erfolg beim Seilziehen der Interessierten. Man sieht das Naheliegende: die steigenden Preise. Man übersieht aber, dass sich der Endpreis einer Ware nicht stabilisieren lässt, wenn man die Kostenbestandteile, die schliesslich den Endpreis ergeben, nicht beherrscht. So ist es aus logischen Sachgründen in einer Demokratie einfach nicht möglich, dem Inflationsproblem durch Zurückstauung, durch Eingriffe auf der Kosten- seite beizukommen. Dies führt entweder ins Dickicht eines wuchernden Interventionismus oder zur Verewigung jener peinlichen Streitereien, die den Unterschied zwischen Parlament und Markthalle verwischen.

### *Die Alternative*

Vielleicht sollten die Parteien sich nicht gegen die Inflation entscheiden, sondern – mit allen Konsequenzen – für eine der liberalen Demokratie adäquate Wirtschaftsordnung. Dieser Entscheid würde wegführen von den punktuellen Eingriffen in den Markt, würde zwangsläufig wegführen von der Methode, Inflationsfolgen zu unterdrücken, Inflationsursachen aber

bestehen zu lassen. Allerdings gelangt man zu solchen Schlüssen nur, wenn man sich von der einseitigen Vorstellung der «Kosteninflation» löst und das Problem primär als «Nachfrageinflation» angeht. Das eine heisst: Hunderttausend Gewerkschafter, Gewerbler, Bauern und Bankiers sind schuld, weil sie masslos sind und die Lebenskosten hinauftreiben. Das zweite heisst – wir sagten es bereits –: Es besteht ein Ungleichgewicht zwischen *Gesamtnachfrage* (Geld- und Kreditvolumen) und Gesamtangebot, und dieses Ungleichgewicht kann, im Prinzip, von einer Stelle aus korrigiert werden. Mit anderen Worten: wenn der Entscheid für das ordnungspolitische Modell der Marktwirtschaft gefallen ist, dann muss das zentrale Bankensystem – also die Notenbank – mit einem funktionstüchtigen Instrumentarium ausgerüstet werden, das die Steuerung der Gesamtnachfrage ermöglicht. Im Rahmen eines so zu gewährleistenden globalen Gleichgewichts kann das «Masshalten» bei den Kosten, bei den Einzelpreisen, getrost den Spielregeln des Wettbewerbs überlassen bleiben. Es würde sich zeigen, dass der Apparat der Zurückstauung entbehrlich wird.

In den zitierten Parteiprogrammen finden sich Ansätze zu Lösungen in dieser Richtung; sie durch geduldige Aufklärung populär zu machen, ist in Sachen Inflationsbekämpfung *die* politische Aufgabe. Keine leichte!

## Wie wirksam wäre ein konjunkturpolitisches Instrumentarium?

ROLF HASLER

Gemessen an der Anzahl wünschenswerter wirtschaftspolitischer Ziele und in Anbetracht der Fülle von vorgeschlagenen Instrumenten mag es nicht überraschen, dass über den Nutzen des Instrumentariums mancherorts Uneinigkeit herrscht. Hinzu kommen Meinungsverschiedenheiten über das Mass, den zeitlichen Einsatz und die Kombination der Instrumente, die naturgemäss je nach Umweltbedingung verschieden sein müssen. Die Inflationsbekämpfung in einem Leitwährungsland wie die Vereinigten Staaten mit ihrer Arbeitslosigkeit, ihren militanten Gewerkschaften und ihrer Verantwortung gegenüber der übrigen westlichen Welt erfordert andere Massnahmen als in der Schweiz.